

Odenwälder Zeitung

Rechte Kameradschaften werden zu Jungnationalen

Mörtenbach. (gie) Allmählich lösen sich die Kameradschaften des Aktionsbüros Rhein-Neckar, eine Art regionaler Neonazi-Dachverband, der Reihe nach auf.

Beispielsweise gehören auch die Kameradschaft Bergstraße und der Nibelungensturm Odenwald der Vergangenheit an. Der Kreis Bergstraße ohne Neonazis? Ein Gedanke, der mit Sicherheit nicht zutrifft, wie Manfred Forell, Referent bei einer Informationsveranstaltung der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, im Mörtenbacher Bürgerhaus unterstrich.

Stattdessen sei davon auszugehen, dass die Auflösung der Kameradschaften einhergeht mit der Schaffung von neuen Strukturen. Wahrscheinlich ist, dass die Neonazi-Gruppierungen in neuen Zusammenschlüssen der Jungnationalen aufgehen, der Jugendorganisation der rechtsextremen NPD. "Manche können sich nicht mit diesem Übertritt zur NPD anfreunden, weshalb sie die Gruppe verlassen. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, dass diese Personen neue Untergruppen bilden", erklärte Forell.

Der Referent gab ausführliche und aufschlussreiche Basisinformationen zur rechten Szene allgemein und zu den Rechten in der Region insbesondere. Der Wirkungskreis des Aktionsbüros Rhein-Neckar erstreckte sich über das gesamte Dreiländereck. Jeder Kameradschaft seien rund 15 bis 20 feste Mitglieder zuzurechnen. Rund 50 bis 100 Personen seien zusätzlich dem erweiterten Kreis jeder Kameradschaft zuzufügen, die für Veranstaltungen wie etwa bei rechten Aufmärschen mobilisiert werden könnten. In Deutschland seien etwa 200 rechte Kameradschaften existent.

Das Zentrum des Aktionsbüros befinde sich in Kirchheim bei Grünstadt. Dort erfolgen neben der Planung aller Aktionen regelmäßig Konzerte, Schulungen, Parteiveranstaltungen oder die Auftritte rechtsextremer Redner. "Diese Nachbarschaft gefällt den Anwohnern überhaupt nicht, doch dieses Beispiel zeigt, was geschieht, wenn so etwas nicht ernst genommen wird", sagte Forell. Bei den Kameradschaftsabenden selbst handle es sich mittlerweile nicht mehr um wüste Saufabende, vielmehr werde politische Ideologearbeit geleistet. Die Mehrheit der Neonazis gehöre ferner auch nicht mehr zum Stereotyp des braunen Pöbels, sondern viele seien inzwischen Abiturienten, Studenten, hätten sogar sozialpädagogische Berufe - Forell berichtete über eine rechtsextreme Erzieherin und eine Studentin der Grundschulpädagogik - oder seien in den Medien tätig. "Außerdem ist festzustellen, dass mittlerweile 20 bis 25 Prozent der Rechten Frauen sind", entkräftete der Referent die Annahme, Rechtsextremismus sei ein männliches Phänomen. Forell rief dazu auf, die Aktionen des rechten Randes entsprechend ernst zu nehmen: "Es handelt sich nicht um eine Spielerei, sondern es geht dabei um Systemüberwindung." Den Zugang zur rechten Szene erhalten junge Menschen häufig durch die Musik, von denen zahlreiche trotz offenkundiger Hetzbotschaft in den Texten rein juristisch nicht zu beanstanden sind, weshalb etwa die so genannten Schulhof-CDs der NPD auch legal sind. Die Lieder der Neonazis sind bei den Jugendlichen bestens bekannt. Allerdings nicht nur die "legalen", vielmehr auch die indizierten, die teilweise schon vom Text her dem Aufruf zum Mord gleichen.

Forell gab zudem viele Informationen zur rechten Symbolik. Recht bekannt sei mittlerweile die Zahl 88, die zweimal den achten Buchstaben des Alphabets darstelle: HH, also Heil Hitler. Sehr modern sei es inzwischen überdies, dass Rechte Zeichen der linken Szene verwenden, um Verwirrung zu stiften. So seien Bilder von Che Guevara oder ein Palästinensertuch bei einem Neonazi keine Seltenheit mehr.

Auf die Frage aus dem Publikum hin plädierte Forell eindeutig für ein Verbot der NPD. So sei von der rechtsextremen Partei beim Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz 10000 Euro an die Kameradschaften ausgeschüttet worden, die für

Wahlwerbeaktionen gesorgt hätten. Geld, das vermutlich aus der Wahlkampfkostenrückerstattung nach dem Wahlerfolg in Sachsen stammt. "Somit finanziert der Staat die schreckliche demagogische Arbeit. Durch ein Verbot verschwindet zwar nicht die rechte Gesinnung, allerdings verschwinden wichtige finanzielle Mittel", so Forell.

Margarete J. Bauer, Sprecherin der Initiative, gab eingangs einen informativen Überblick über die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße (dargestellt auch im Internet unter www.fremdenfreundlich.de). Unterstützung erfährt die Arbeit auch in den Kommunen.

Zwölf Städte und Gemeinden, darunter Abtsteinach, Fürth, Gorbheim, Grasellenbach, Mörlenbach, Rimbach und Wald-Michelbach, hätten einer Resolution der Initiative jeweils einstimmig in ihren Gremien zugestimmt.

Infoabend: Rechte beabsichtigen Störung

Mörlenbach. (gie) "Dass wir alle hier so ruhig sitzen konnten, lag am Einsatz der Polizei, denn wir haben zwischenzeitlich Besuch gehabt", meinte Klaus Müller, Erster Beigeordneter der Gemeinde Mörlenbach, zum Abschluss der Informationsveranstaltung der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Mörlenbacher Bürgerhaus.

Offenkundig hatten einige Neonazis die Absicht, die Veranstaltung zu stören. Wie von einigen Beobachtern zu erfahren war, tauchten bereits zu Beginn der Veranstaltung mehrere Personen, nach Schätzungen handelte es sich um etwa 20 Leute im Alter zwischen 16 bis Mitte 20 Jahren, vorm Bürgerhaus auf, vor dem sich zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits mehrere Polizeibeamte sowie Bedienstete der Ordnungspolizei Weschnitztal postiert hatten.

Hausrecht ausübt

Es wurde mitgeteilt, dass der Versuch unternommen wurde, das Bürgerhaus zu betreten, allerdings machten die Ordnungspolizisten vom Hausrecht Gebrauch und untersagten diesen Personen den Zutritt. Vorsichtshalber wurde daraufhin die Tür des Bürgerhauses abgeschlossen.

Die rechtsextremen Zeitgenossen, die nach weiteren Angaben mehrheitlich aus dem Raum Mannheim/Ludwigshafen gestammt hätten - im Regelfall werden Störversuche nicht von Neonazis aus der näheren Umgebung unternommen -, hätten sich daraufhin in kleinere Gruppen aufgeteilt und seien verschwunden. Allerdings handelt es sich dabei um eine bekannte Strategie. Häufig treffen sich die Kleingruppen mit weiteren Gesinnungsgenossen, um dann aus verschiedenen Richtungen vorzurücken. Da dieses Vorhaben jedoch keinen Überraschungseffekt für die Polizeibeamten, die in der Zwischenzeit zahlenmäßig deutlich verstärkt wurden, in sich birgt, wurden die Gruppen weiterhin beobachtet. So blieb die Veranstaltung ohne Störung. Müller dankte der Polizei für ihren Einsatz: "Oftmals werden die Beamten kritisiert, dass sie nicht eingreifen würden. Dies war ein Beispiel, dass dies nicht so ist."

Starkenburger Echo

Rechtsextreme tauchen vor dem Bürgerhaus auf Informationsveranstaltung: Polizei behält 20 NPD-Aktivisten in Mörlenbach im Auge

MÖRLENBACH. Anhänger der NPD haben gestern Abend in Mörlenbach versucht, eine Informationsveranstaltung der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße zu stören. Wie die Polizei berichtete, haben die Veranstalter einer Gruppe von 20 Leuten der Zugang zum Bürgerhaus verwehrt.

Auf Einladung von Bürgermeister Lothar Knopf wurde ab 19 Uhr über die „Neuen Rechten“ in Südhessen informiert. Die Polizei gab die Zahl der Zuhörer ebenfalls mit 20 an. Während im Vereinsraum referiert wurde, hätten die NPD-Anhänger bis gegen 19.45 Uhr vor dem Bürgerhaus Flugblätter zum Landtagswahlkampf verteilt. Es sei zu keinen Gewalttätigkeiten gekommen, sagte der Polizeisprecher.

e
20.9.2007

Störungsversuche der rechten Szene

Die Veranstaltung der Initiative gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit verlief nahezu reibungslos, da der Störungsversuch einer Gruppe von rund 20 NPD-Anhängern, angeblich aus Mörlenbach, Mannheim und Ludwigshafen, scheiterte. Da die Initiative bereits Erfahrungen mit solchen Einschüchterungsversuchen gesammelt hat, wurde für die Veranstaltung Polizeischutz angefordert. Gegen 19.45 Uhr sprachen die Einsatzkräfte der Polizei das Hausverbot für das Mörlenbacher Bürgerhaus aus. Daraufhin löste sich die Ansammlung vor dem Bürgerhaus auf.

Die NPD-Anhänger machten sich offenbar nicht auf den Heimweg. Vermutlich die selben jungen Männer suchten gegen 20.15 Uhr stattdessen die Privatwohnung des Referenten Manfred Forell auf und belästigten dort die Ehefrau mit lauten Rufen. Sie gaben sich als Schüler ihres Mannes aus. Etwas später verschwand die Gruppe wieder, belästigte aber noch mit mehreren Anrufen.

ita
21.9.2007

Projekte gegen Rechtsradikale Gesellschaft: Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit lädt zur Informationsveranstaltung ins Mörlenbacher Bürgerhaus

MÖRLENBACH. Der lange Arm der Rechten reicht bis ins Weschnitztal. Auffällig ist dies zuletzt in Mörlenbach geworden, wo seit Wochen rechte Hetzparolen und Schmierereien Hauswände beschmutzen. Bedeutsam war deshalb die Infoveranstaltung über die „Neuen Rechten“ in Südhessen am Mittwochabend im Bürgerhaus, die von der Initiative gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße ausgerichtet wurde.

Erster Beigeordneter Klaus Müller (SPD) berichtete, dass die Gemeinde Mörlenbach mit der Unterzeichnung der Resolution gegen Rechts deutlich Position gegen die rechten Feinde der demokratischen Ordnung beziehe. Er forderte dazu auf, sensibler beim Erkennen von rechtem Gedankengut zu werden und nicht wegzuschauen.

Sprecherin Margarete J. Bauer ging auf die Bedeutung der Arbeit wegen der sich häufenden Vorfälle ein: So wurde beispielsweise in Viernheim eine Schülerzeitung der NPD verteilt, die rechtsradikales Gedankengut beinhaltete. Ferner wurden mehrere Ortschaften mit Hakenkreuzen verschandelt und Aufkleber mit rechten Parolen verteilt. Eine aktuelle Umfrage zeige außerdem, dass 13 Prozent der Deutschen sich vorstellen könnten, eine rechte Partei zu wählen, wobei der Unterschied zwischen Ost und West unerheblich sei. „Das ist ein Angriff auf uns alle“, fasste Bauer die jüngsten Ereignisse zusammen.

Nach der Gründung der Initiative im Jahr 2000 wurden Arbeitsgemeinschaften für Projekte in Schulen, interkulturelles Lernen und Öffentlichkeitsarbeit gegründet. Dabei gehe es unter anderem darum, Stammtischparolen zu entkräften und Strategien zu entwickeln, Jugendliche stark gegen Einflüsse von rechts zu machen.

So bietet die Initiative Sprach- und Orientierungsklassen, lädt zum Dialog zwischen Migranten und Deutschen und entwickelt ständig weitere Projekte. Auch Demokratie-Seminare stehen auf dem Programm. An zahlreichen Veranstaltungen der rechten Szene zeigen die Ehrenamtlichen Präsenz oder veranstalten interkulturelle Feste.

Dabei steht längst nicht mehr nur die Reaktion auf rechte Aktivitäten im Vordergrund: „Wir wollen künftig mehr agieren“. Politisch bedeutet dies, Bedingungen für Chancengleichheit zu schaffen. Neben der eigenen Webseite www.fremdenfreundlichkeit.de, fassen Newsletter die Ereignisse zusammen und machen auf die „Wölfe im Schafspelz“ aufmerksam. Der Integrationsbeauftragte der Stadt Bensheim, Manfred Forell, referierte über rechtsextremen Gruppen der Region. Dabei wies er auf eine Plakat-Aktion der Heppenheimer Martin-Buber-Schule hin, die Front gegen die Rechten macht. Ein Plakat zierte der Spruch: „Neonazis sind wie Karies – braune Flecken, die stören“. Mit einem sinnbildlichen Besuch beim Zahnarzt sei die Lage jedoch nicht mehr zu retten.

Gerade Jugendliche sind erklärte Zielgruppe von Rechtsradikalen. Über den Weg der Musik versuchen sie, Inhalte zu transportieren und sie in eingängige Melodien zu verpacken. Forell gab musikalische Beispiele von „Schulhof-CD's“ und verbotenen Musikgruppen. In Ekel erregender Weise wird darin zum Kampf gegen Feindbilder wie Ausländer, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, aufgerufen. Vordergründig sei nicht mehr nur Provokation, sondern der Versuch, die Demokratie abzuschaffen. Die Arbeitsweisen ähneln Sektenstrukturen, das Aussteigen ist meist mit Psychoterror und tätlichen Angriffen verbunden. Hilfe bieten die Aussteigerorganisationen des Hessischen Landeskriminalamts „Ikarus“ und „Exit“.

Relevant sind die Aktivitäten im Dreiländereck Südhessen, Pfalz und Nordbaden, deren rechte Gruppierungen auf einen festen Stamm an Anhängern zugreifen können. Viele der Gruppen lösten sich auch auf, um sich der NPD anzunähern, die im Wahlkampf auf deren Unterstützung angewiesen ist. Im Blickwinkel der Initiative steht insbesondere das Aktionsbüro Rhein-Neckar, das die Steuerung der Gruppen übernommen hat.

Das Bild von einem Nazi entspreche nicht mehr dem dumpfen und saufenden Schläger, unter ihnen befinden sich Abiturienten und Studenten, die in pädagogische Berufe drängen. Für ihre Bekenntnisse verwenden die Nazis auch Symbole, von denen leider zu wenig verboten sind, so Forell. Zudem werden typisch linke Symbole missbraucht, indem sie leicht abgewandelt oder vollständig adaptiert wurden. Auch bestimmte Zahlenkombinationen werden verwendet. Leider gebe es bereits entsprechende Lokale, die aber unter Beobachtung stünden.

In der anschließenden Diskussion äußerten sich viele Zuhörer mit einer Spur von Hilflosigkeit. Vor allem wenn schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht wurden, sei es schwer, die Betroffenen davon abzuhalten, nicht fremdenfeindlich zu werden. Manfred Forell riet deshalb darauf hinzuweisen, dass der Grund häufig die mangelnde Bildung sei. Viele hätten aufgrund der Sprachbarrieren nicht die Möglichkeit, ihre Talente zu entfalten, so dass viele in der Kriminalität enden.

Ein Verbot der NPD hielt er für sinnvoll, denn so könne ein großer Geldtopf an Parteigeldern für die Rechten gesperrt werden. Auch die Befürchtung, dass Vereine und Elternbeiräte gezielt unterwandert würden, entkräftete er. Über Vereine sei zudem die positive Einflussnahme auf rechte Anhänger möglich.

ita
21.9.2007